

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Wirtschaftliche Folgen durch den Coronavirus

Gotabhaya Rajapaksa beklagte am 16. März die wirtschaftlichen Folgen für Sri Lanka wegen der Corona-Pandemie. Wenn die Tourist(inn)en aus Deutschland, Italien oder anderen europäischen Staaten ausblieben, wäre dies ein schwerer Schlag. „Unsere Tourismus-Branche hatte sich gerade erst von den Folgen der Terroranschläge im April vergangenen Jahres erholt. Und jetzt das“, teilte der Präsident mit. Mitte März lag die Anzahl der Corona-Infizierten in Sri Lanka bei 21. Es wurde jedoch eine hohe Dunkelziffer vermutet. Die Regierung hatte zwölf Zentren im Land eingerichtet, um Einreisende unter Quarantäne stellen und die Ausbreitung des Virus verhindern zu können. Landesweit wurden alle Schulen, Universitäten, Kinos und Zoos geschlossen. Öffentliche Feiern, Messen und Gottesdienste sollten ebenfalls bis zum 31. März ausgesetzt werden.

Armee gegen das Virus

Am 17. März ernannte Präsident Gotabaya Rajapaksa den Befehlshaber der Armee, Generalleutnant Shavendra Silva, zum Leiter des nationalen Operationsstabs zur Verhinderung des COVID-19-Ausbruchs. Damit setzte sich die Militarisierung ziviler Angelegenheiten fort, die mit der Präsidentschaft von Gotabaya zuvor schon zutage getreten war. Der Kampf gegen den Ausbruch des Coronavirus bietet eine gute Gelegenheit, diesen Prozess auszudehnen. Das Militär hat die Herausgabe von Informationen über die Situation von Covid 19 im Land übernommen, die üblichen polizeilichen Aufgaben, wie das Aufspüren von Infizierten, wurden den militärischen Geheimdiensten übertragen. In den letzten Tagen hat das Verteidigungsministerium darauf hingewiesen, rechtliche Schritte gegen diejenigen einzuleiten, die über soziale Medienplattformen und andere digitale Medienseiten über das Coronavirus Gerüchte verbreiten und falsche und irreführende Informationen veröffentlichen.

Rajapaksa löst Parlament vorzeitig auf

Präsident Gotabhaya Rajapaksa löste Anfang März das Parlament vorzeitig auf und setzte Neuwahlen für den 24. April an. Damit wählte Rajapaksa den frühestmöglichen Zeitpunkt für die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Die Verfassung erlaubt, das Parlament aufzulösen, wenn von der fünfjährigen Legislaturperiode mindestens viereinhalb verstrichen sind. Dies war am 2. März der Fall. Neuwahlen sollen Rajapaksa eine breite Mehrheit sichern.

Streik von rund 200.000 Lehrkräften

Ende Februar beteiligten sich rund 200.000 Lehrer/-innen der öffentlichen Schulen an einem eintägigen Streik. Mehrere Gewerkschaften hatten zum Streit aufgerufen. Das Lehrpersonal forderte bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter. Teils beteiligten sich auch Schüler/-innen und Eltern an den Demonstrationen. Beim Versuch, die Absperrungen vor dem Eingang des Bildungsministeriums in Jaffna zu entfernen, gingen hunderte von Polizeibeamten mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern gegen die Protestierenden vor.

Meinungsfreiheit eingeschränkt

Mit der Wahl von Gotabhaya Rajapaksa zum Präsidenten ist die Meinungsfreiheit zunehmend eingeschränkt worden. Laut Bericht von *Human Rights Watch* (HRW) vom 4. März haben Sicherheitsorgane die Überwachung von Journalist(inn)en und Menschenrechtsaktivist(inn)en verstärkt und Drohungen gegen sie gesteigert. Meenakshi Ganguly, HRW-Südasien-Direktorin, sagte dazu: „Seit der Rückkehr der Rajapaksas an die Macht ist Sri Lanka wieder ein Staat zum Fürchten geworden“. Insbesondere stünden Personen im Fokus, die staatliche Morde während und nach der Zeit des Bürgerkrieges recherchieren.

Rückzug vom UN-Konsens

Die Regierung hatte am 17. Februar beschlossen, sich vom gemeinsamen Beschluss zu den Resolutionen 30/1 und 40/1 des UN-Menschenrechtsrates zurückzuziehen. Die vormalige Regierung hatte 2015 und 2019 beide Resolutionen mitgetragen. Zeitungsberichten zufolge fiel der Beschluss während einer Sondersitzung im Präsidialsekretariat, an der mehrere hochrangige Regierungsverantwortliche sowie Beamte des Außenministeriums teilgenommen hatten. Argumentiert wurde, die damalige Regierung habe ihren Beschluss der Zusammenarbeit verfahrenswidrig gefasst, und die Umsetzung der Resolutionen – Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen bei der Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverletzungen und mutmaßlichen Kriegsverbrechen – sei mit der Politik der gegenwärtigen Regierung nicht vereinbar. Der vormalige Außenminister Mangala Samaraweera versicherte allerdings am 15. März, der Rückzug Sri Lankas aus der Co-Sponsorenschaft habe keine Auswirkungen auf die Resolution selbst. Ihre Umsetzung müsse stattdessen noch „energischer und vehementer“ vorangetrieben werden.